

## **Interview mit Alain Lamassoure**

*Anlässlich der Tagung des europäischen Konvents am 25. April 2003 in Brüssel interviewte „Tisser la Toile“ Alain Lamassoure, Vertreter des europäischen Parlaments im Konvent und u.a. ehemaliger französischer Europaminister.*

### **Wie interpretieren Sie die Reaktionen der kleinen Mitgliedsstaaten hinsichtlich der jüngsten Äußerungen von Herrn Giscard d'Estaing zur Frage der Wahl eines Präsidenten des Europäischen Rates?**

Einige Vertreter der nationalen Parlamente haben ja nicht einmal die Textvorschläge gelesen. Was mich betrifft, so sehe ich die Angelegenheit von außen, sozusagen als Zuseher. Die Presse hat die Sichtweise der großen Staaten dargestellt. Jeder hat darauf reagiert, ohne eigentlich genau zu wissen, wovon die Rede war. Es gab sehr wenige Reaktionen zum Text des Präsidiums selbst. Der Ball ist nun im Lager der kleinen Staaten, die Gegenvorschläge machen werden. Das Interesse Frankreichs besteht darin, den jetzigen Text zu lesen und die Vorschläge der kleinen Staaten abzuwarten.

Was den „Chairman“ betrifft, so halte ich ein Mandat von zweieinhalb Jahren für kurz. Er verlässt seine Funktion in jenem Moment, da er gerade die Probleme kennengelernt hat. Der Chairman würde über keine rechtlichen Kompetenzen verfügen. Er macht weder Vorschläge, noch verfügt er über ein Budget, er würde bloß die Sitzungen leiten. Aber das ist eine Angelegenheit, die von Beginn an schlecht gelaufen ist. Die kleinen Staaten sind besessen von den Hintergedanken der Großen. Es ist aber die Wirklichkeit, um die man sich Sorgen machen muss.

Das, was sich wirklich ändern wird, ist, dass der Vorschlag nach den Europawahlen gemacht werden wird, deren Ergebnis berücksichtigt werden muss. Man wird verpflichtet sein, den Präsidenten aus dem Lager des Siegers zu wählen. Wenn dieses System 1999 angewendet worden wäre, dann wäre nicht Herr Prodi ausgewählt worden. 1994 wäre es nicht Herr Santer gewesen. Danach würde die Mannschaft, die vom Präsidenten zusammengestellt wurde, vom Europäischen Parlament eingesetzt werden. Damit ist man schon in einem parlamentarischen System.

### **Und was die Frage „ein Kommissar pro Land“ betrifft...**

Einen Kommissar pro Land zu fordern, ist nicht seriös, und auch nicht haltbar. Das würde bedeuten die Aufgabe der Kommission zu ignorieren. Diese ist ganz anders. Der Irrtum, dem die kleinen Staaten unterliegen, ist zu glauben, dass die Kommission am besten ihre Interessen vertritt und der Rat die der Großen. Hingegen ist gerade der Rat jener Rahmen, in dem alle Staaten vertreten sind und deren Stimmgewichtung von Bedeutung ist. Statt zu sagen, dass der Präsident des Europäischen Rates mit qualifizierter Mehrheit gewählt würde, dass er mit einfacher Mehrheit gewählt würde. Weder von französischer, noch von luxemburgischer Seite hat man verstanden, dass die einzig wirkliche Frage die der Stimmgewichtung ist. Man könnte sogar noch weiter gehen. Jetzt, da es in allen Bereichen Mitentscheidung gibt, liegt das letzte Wort wieder beim Parlament.

Damit ein europäisches Gesetz verabschiedet werden kann, braucht es die Mehrheit der Staaten, die im Rat mit einer Stimme pro Land vertreten sind. Die europäischen Bürger werden durch das Europäische Parlament repräsentiert. Für die großen Länder ist das unter der Voraussetzung akzeptabel, dass das Europäische Parlament die Bevölkerungen nach strenger Verhältnismäßigkeit vertritt, was heute nicht der Fall ist. Das wäre das, was das Präsidium degressive Verhältnismäßigkeit nennt. Im Streitfall ginge das letzte Wort an das

Unterhaus. So wäre es möglich, die doppelte Mehrheit in beiden Institutionen spielen zu lassen.

Bezüglich der Vorschläge für die Kommission stehen zwei Wege offen: Jener des Präsidiums, zugunsten der großen Staaten, mit wenigen Kommissaren. In der Kommission wären alle Staaten gleichberechtigt. Die Kleinen beunruhigt das, aber die Frage ist weniger die Staatsangehörigkeit der Person als vielmehr ihre Qualitäten. Man würde hier jeden Bezug auf einen Grenzwert abschaffen. Diese Idee geht auf die Zeit des österreichischen Beitritts zurück. 1994 hat Alain Juppé diese Frage angeschnitten. Er sagte, dass mit dem Beitritt der mitteleuropäischen und skandinavischen Länder ein Ungleichgewicht entstehen würde. Bis dahin gab es im Europa der Sechs und der Zwölf eine Balance zwischen kleinen, mittleren und großen Staaten. Dann kam das Problem des Stimmrechts im Rat zur Sprache. Herr Juppé brachte die Frage der Zahl der Kommissare ins Spiel. Das Argument der Außenminister, deren Aufgabe es ist, Tag für Tag die Kommissare zu bekämpfen, ist: Wir brauchen ein starke, daher kleine Kommission. Die Franzosen waren beispielgebend, wir haben entschieden, den zweiten Kommissar für die Großen abzugeben. Heute kann man nicht weiter reduzieren und die Kommission wird zum Schauplatz für Machtkämpfe zwischen Großen und Kleinen, was sie ursprünglich gar nicht war.

Heute besteht das Interesse der französischen Regierung darin, die Gegenvorschläge der Kleinen abzuwarten und über die Stellung der Kommission nachzudenken. Ist es nicht vernünftiger, keine Deckelung vorzusehen und zu schauen, was passiert? Es ist klar, dass es morgen eine politische Behörde braucht. Man kann nicht den Bürgern sagen, dass Europa nicht regiert wird. Deshalb sage ich seit einem Jahr: Die Kommission, wie wir sie kennen, ist tot.

### **Was halten Sie von dem Vorschlag, einen europäischen Außenminister zu schaffen?**

Die (gemeinsame, *Anm. d. Red.*) Außenpolitik habe ich abgeschrieben. Konzentrieren wir unsere Anstrengungen lieber auf die internen Politikbereiche und die klassischen Außenkompetenzen. Selbst vor Irak war ich pessimistisch, aber heute mache ich mir keine Illusionen mehr. Die Regierungen brauchen Kosmetik. Der Außenminister ist Kosmetik. Schauen Sie, die Franzosen wollen keine gemeinsame Außenpolitik, und dafür war Chiracs Position gegenüber den östlichen Staaten aufschlussreich.

### **Was halten Sie von der Polemik um einen Gottesbezug in einer Präambel für die Verfassung?**

Das Problem ist, dass je mehr von Gott die Rede ist, desto mehr zögert man vor Europa. Wenn man von Gott spricht, dann spricht man in Wahrheit nicht von den wirklichen Themen. Ich habe den Eindruck, dass sich Frankreich diesbezüglich ungeschickt verhalten hat. Während des letzten Konvents zur Frage der Grundrechtecharta hat Frankreich es abgelehnt, einen Bezug zu Gott oder dem religiösen Erbe zuzulassen. Da das eben nicht angenommen wurde, gibt es dieses Problem. Heute wird ein starkes Lobbying für Gott betrieben. Gott hat Lobbyisten!

Ich sage Ihnen das, weil zum Beispiel bei jeder Versammlung der EVP zwei Erzbischöfe anwesend sind. Aber meiner Meinung nach ist der Rest wichtiger als dieser Streit. Hören wir zum Beispiel den Text, den das Präsidium vorschlägt. Denn in jedem Fall ist dies ein Thema, zu dem man einen sehr weiten Konsens benötigt, eine offene, für alle akzeptable Formel. Nun bieten die nationalen Verfassungen ja eine ganze Palette von Lösungen, was den Gottesbezug betrifft. Diese reichen von der vollständigen Laizität in Frankreich zu wesentlich weniger neutralen Texten, wie in Griechenland, in Irland oder auch in Österreich, wo der Staat zwar laizistisch verfasst ist, der Präsident aber einen Eid auf die Bibel ablegt.

## **Valéry Giscard d'Estaing hat vor einigen Wochen eine Unabhängigkeitserklärung Europas vorgeschlagen...**

Das ist meine Idee! Europa wird auf internationaler Ebene erst an jenem Tag existieren, da es unabhängig ist, vor allem von den USA. Ich habe dazu vor sechs Monaten einen schriftlichen Grundsatztext verteilt. Wenn die europäischen Staaten auf der internationalen Ebene agieren wollen, dann müssen sie damit beginnen, den Rest der Welt zu beruhigen. Denn für Asien und Afrika ist es Europa, das die Welt erobert hat. Wir müssen uns daher darüber einigen, im Rahmen Europas eine Ära der Gerechtigkeit und der Solidarität gegenüber unserer Außenwelt zu eröffnen, wir müssen Frieden schaffen und uns für die Kolonialisierung entschuldigen. Die Unabhängigkeitserklärung bedeutet, dass wir nicht unsere Macht zu verwenden suchen, sondern dass wir unsere Handlungsfreiheit bestätigen. Wenn die Briten sagen, dass das nicht nett ist gegenüber den USA, dann verweise ich sie auf die Unabhängigkeitserklärung eben dieser USA. Wenn man nun die Beziehungen, die Großbritannien heute mit den USA unterhält, betrachtet, dann sieht man, dass sie nicht beschädigt wurden. Wir wollen eine „special relationship“ auf europäischem Niveau, in aller Unabhängigkeit. Herr Giscard hat diese Idee aufgegriffen, sie kam vielleicht ein bisschen zu früh.

## **Man spricht viel vom Demokratiedefizit. Sehen Sie eine Kluft zwischen demokratischen Prozeduren auf europäischer Ebene und der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit?**

Das ist die Geschichte von Henne und Ei. Heute wird es keine europäische Öffentlichkeit geben, solange es keinen Herr oder Frau Europa gibt. Das Präsidium wird dieses Problem regeln. Was ich „Herr oder Frau Europa“ nenne, ist der „Chairman“ nach britischem Muster. Der Ausdruck „Präsident“ erinnert im Französischen zu sehr an die Idee einer exekutiven Gewalt.

Im vorliegenden Fall wird es sich um den Präsidenten der Kommission handeln. Stellen wir uns die Europawahlen nach dem System des Präsidiums vor. Noch nicht 2004, aber bis spätestens 2009. Man wird wissen, dass der Kommissionspräsident, der Chef der europäischen Exekutive, gewählt werden wird.

Die politischen Parteien werden sich organisieren, um ihre Kandidaten bekanntzumachen. Und darauf wird ein Wahlkampf folgen in allen Ländern, jedes Land in seiner Sprache. Und wenn die nationalen Medien diese Kampagne verfolgen, dann werden sie auch verpflichtet sein, die Art und Weise des Wahlkampfablaufs in den anderen Mitgliedsstaaten zu beobachten. Diese Vergemeinschaftung der nationalen Debatten wird der Beginn der Bildung einer europäischen Öffentlichkeit sein.

Der zweite Vorschlag wäre, ein Referendum über den Verfassungsvertrag am gleichen Tag in allen Unionsländern abzuhalten.

Aber ihre Frage zielt auch auf das Problem der Sprachen und der Vielsprachigkeit in der Europäischen Union ab. Prinzipiell darf jedes Konventmitglied in seiner Muttersprache reden. Abgesehen von den Kandidatenländern, die in ihrer Sprache reden können, wenn sie ihren eigenen Übersetzer mitbringen. Das war bei Ungarn und einem der baltischen Länder der Fall. In der Versammlung werden die elf Sprachen der Union gesprochen. Aber faktisch dominieren Englisch, Französisch, Deutsch, manchmal auch Italienisch und Spanisch. Mit einer starken Mehrheit für das Englische. Auch wenn das etwas ist, wovon man in Frankreich nur ungerne spricht...

*Das Gespräch führten Florence Deloche-Gaudez und Andreas Orator.*